

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inhalt: Wilhelm Sibau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bönnigk & Co., Magdeburg, Große Wilsstraße 3. — Preis: 15 Pf. — Für Inserate 15 Pf., für die Redaktion 17 Pf., für den Verlag und die Druckerei 25 Pf. — Zeitungspreisliste Seite 351.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 4.50 Mt., monatlich 1.50 Mt. Beim Abholen vom Verlag und den ausgeschriebenen Büros: Vierteljährlich 4.20 Mt., monatlich 1.40 Mt. Bei den Postanstalten vierfach, 4.50 Mt., monatlich 1.50 Mt. ohne Postzettel. Einzelne Nummern 15 Pf. — Anzeigengebühr: die gesetzte Kostenstelle 35 Pf. im Reklameteil Seite 125 Mt. Kreiskalender Seite 20 Pf. Einzelne Arbeit geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Poststellekontonummer: Nr. 5268 Berlin.

Nr. 134.

Magdeburg, Donnerstag den 12. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Der Parteitag des Wolfes.

Der große historische Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat im Saale der Deutschen Nationalversammlung in Weimar begonnen. Weit mehr als in früheren Jahren des Friedens hängt von seinem Verlauf und von seinem Ausgang das nächste Schicksal und das künftige Werden und Bestehen des ganzen deutschen Volkes ab. Denn die deutsche Sozialdemokratie ist nicht nur die weitauß größte deutsche Partei geworden; sie hatte mit den elfeinhalb Millionen Wahlern und Wählerinnen, die sich am 19. Januar für sie erklärt, auch die Verpflichtung, die Regierung der deutschen Republik zu übernehmen. Die Debatten, die in Weimar geführt werden, greifen daher weit über den gewaltigen Rahmen der Partei hinaus; die Beschlüsse, die in Weimar gefasst werden, berühren jeden Volksangehörigen, er mag in welchem Parteilager immer stehen. Sie betreffen das Schicksal des ganzen Landes und betreffen es doppelt und dreifach in diesen Tagen der

Höchsten internationalen Zuspruch,

die uns den endgültigen Text des Erdrosselungsfriedens bringen und uns vor die unsre Gegenwart wie Zukunft entscheidende Frage stellen, ob wir das Urteil der imperialistischen Hintermänner gegen die deutsche Arbeiterklasse und den deutschen Sozialismus unterschreiben sollen oder nicht.

Im Vergleich mit dem jetzigen sinken daher die früheren Parteitage zu winzigen Demonstrationen herab. In Weimar aber soll und muss jetzt von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie Geschichte geschrieben und entschieden werden: Geschichte, von der noch in fernen Tagen gesprochen werden wird; Geschichte, die noch in ferne Zeiten der Zukunft geistig und richtunggebend greifen wird.

Dabei stehen wir alle noch mitten in der harschhohen Brandung dieser Revolutionsmonate. Der Staub sprüht um Augen und Häupter. Er blendet den Blick und trübt das Urteil. Gleichwohl müssen wir uns emporreden zu Höhen, auf denen wir Vergangenheit wie Gegenwart überblicken und von deren Spuren aus wir die dunkle Zukunft in ihren ungefähren Umrissen zu überschauen vermögen, soweit diese Umsicht und Voraussicht Menschen überhaupt gegeben sein kann.

Mit Gigantenkraft müssen wir uns zu Giganten erheben, um vorwärts zu gehen, sollen wir nur einen Teil der Aufgaben lösen, die Zeit wie Umstände vor uns zur Erledigung gestellt haben.

Der erste Tag bewies schon, daß der Parteitag mit Ernst und Wucht und unter freier Duldung aller Ansichten und Meinungen an seine Arbeit herantritt. Es gibt keine Richtungen und Flügel, es gibt nur das schwere geistige Ringen um Wahrheit und Klarheit, um Wollen wie Wollen bringen.

Der politisch wichtigste Vorgang der ersten Sitzung ist der Beschluß, das Thema „Auswärtige Politik“ als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und den Genossen Ed. Bernstein mit dem Referat hierüber zu betrauen. Sachlich läuft sich der Beschluß kaum rechtfertigen, weil die auswärtige Politik ohnehin beim Fraktionssbericht und beim Referat Scheidemanns mit zur Diskussion steht. Der Antrag hätte denn auch kaum eine Mehrheit erzielt, wenn nicht das persönliche Element bei der Entscheidung der Delegierten mitgesprochen hätte. Das zeigte sich bei der Abstimmung, die lange zweifelhaft blieb, wo es sich um sachliche Trennung der Materien handelt, aber eine an Einigkeit grenzende Mehrheit ergab, als es an die Befürchtung des Referenten ging. Der Parteitag wollte offenbar zeigen, daß er keine Schablone für die Führung der Debatte wünscht, sondern Meinungen, die von den allgemein herrschenden abweichen, sehr gern hören will. Viele wollten aber auch ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen, daß der alte Kämpfer Ed. Bernstein wieder in unserm Reihen steht.

Der Parteitag feierte durch seinen Beschluß daher

eine Wiedervereinigung im Kleinen

und bewies dadurch, daß er auch die Wiedervereinigung im großen will, daß er sie aber freilich nur will auf dem alten Boden sozialdemokratischer Grundsätze.

Seien wir für diese Art von Einigung einverstanden mit den sozialdemokratischen, mit forderten sie zur Rückkehr in den „Sitz der Heiligenmachen“ auf. Das Beispiel Ed. Bernsteins zeigt, daß eine so ernste Frage nicht mit fröhler Winkelen abgedeckt werden sollte. Bernstein

hat sich mit schlichter Selbstverständlichkeit wieder eingefunden, ohne daß ihm von irgendeiner Seite das geringste Opfer der Überzeugung zugemutet worden wäre, und die Partei hat ihn sogleich eingeladen, vor ihrem höchsten Forum die Meinung zu vertreten, die er für die richtige hält. Damit ist gesagt, daß jeder, der Sozialdemokrat geblieben ist, der die demokratischen Grundforderungen der Partei nicht preisgegeben hat, seinen vorbehaltlosen Platz in der Sozialdemokratischen Partei findet. Die alte Partei

ist und bleibt der Sammelpunkt aller wirtschaftlichen Sozialdemokraten.

Sie will die Kritik nicht unterdrücken, verschiedenen Meinungen in ihrem Rahmen Raum gewähren, nur die Einigung mit Leuten, die nicht mehr Sozialdemokraten sind, hält sie für unmöglich. Das kam auch in der großen Rede von Wels zu klarem Ausdruck.

Das ist der Sinn der ersten Beschlüsse. Bernstein wird nach Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in einstündiger Redeweit über die auswärtige Politik sprechen. Die Debatte über beide Punkte wird dann zusammengelegt werden. —

* Erster Tag.

Weimar, 10. Juni.

Der Sitzungssaal der Nationalversammlung trägt im Hintergrunde Lorbeerzweig, aus dem die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle herausschauen. Sogar ist der Saal schmucklos geblieben. In den Regierungsräumen sind die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, dazwischen einige sozialistische Reichsminister.

Pünktlich 4 Uhr heißt Genosse Prox, der Vorsitzende des Weimarer Wahlvereins und Gauleiter der Buchdrucker die Delegierten willkommen. Dieser Parteitag möge ein Machttag in der Geschichte der Partei werden, und der Arbeitervolk in dieser tieferen Zeit die einheitliche packende Parole geben. Hier in Thüringen ist alter klassischer Parteidoden. Erfurt, Eisenach, Gotha nennt die Parteigeschichte mit besonderer Bedeutung. Zu schwerer Arbeit heißt ich die Delegierten in Weimar willkommen. (Lobh. Beifall.)

Hermann Müller (Parteivorstand): Dem Ereignis der Zeit entsprach die Eröffnung des Parteitags ohne Feierlichkeit. Auf dem Würzburger Parteitag hat Scheidemann prophetisch vorhergesagt, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Aber daß wir 1½ Jahre später in einem Zustande zwischen Krieg und Frieden schwanken würden, das haben wir nicht geahnt. Uns bedroht ein unerhört harter Friede, trotzdem wir die alten Unterdrücker verjagt, das freie Wahlrecht der Welt erlangt und die Republik errungen haben. An der Spitze der jungen Republik steht unser Ebert, der mir heute telegraphierte: „Dem Parteitag münsche ich glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben in schwärmischer Zeit.“ Wir danken unserem Ebert für die treuen Dienste, die er der Partei geleistet hat, aber trotz aller Erfolge will keine rechte Freude bei uns auffommen. Wir müssen die Fahne unserer Republik, unserer Macht im Soate in einer Zeit tiefer nationaler Schwäche

auf einem Schutt- und Trümmerhaufen

aufziehen. Mußte das sein? Wir werden nicht ruhen, bis die zur Rechenschaft gezogen sein werden, die an diesem maßlosen Krieg des Volkes die Schuld tragen. (Lebh. Zustimmung.) Die Schulden der alten Machthaber werden wir nicht vergessen, auch wenn die Herren von der Vaterlandspartei, die neuerdings wieder an die Oberfläche zu kommen suchen, wie ihr Antrag in der Nationalversammlung beweist, daß die Gegenparteile der deutschen Regierung mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar seien. (Lachen.) Diese Herren haben zu schwören, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist. (Lebh. Zustimmung.) Auch die Schulden der Junker und Junkertengenossen werden wir nicht vergessen, die die Reform des preußischen Wahlrechts so lange verzögert haben, obwohl wir ihnen zugesprochen haben, daß jeder Tag der Verzögerung die Widerstandskraft des deutschen Volkes gefährde. (Sehr richtig!) Wir vergeben schließlich nicht

jene unverantwortlichen Militärs,

die, als alles auseinanderzuspalten drohte, schelmisch jenen Waffenstillstand abgeschlossen, der den Vorläufer des jüngsten Gewaltstreibens war, und die sich zu ihrer Rechtfertigung jetzt die Finger rumschmeißen. Alles dies hat dazu beigetragen, die Herren des bürgerlichen Volkes zu lämmen, zumal die bürgerlichen Regierungen es nicht verstanden, den Anzugshosen den Rampe bis aufs Meer einzudringen. So griff das deutsche Volk schließlich zur Selbsthilfe. Alles Geschichtslütter zum Trotz wird die Novemberwoche des Jahres 1918 einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes einknappen. (Lebh. Beifl.) In drei Tagen verhandeln 22 Delegierte, und es wird einen warten Beurteiler haben werden, in dieser Zeit einen Helden oder Märtyrer unter ihnen herauszufinden. (Sehr richtig!) Sie und ihr Klang verbrochen sich in die Schlußworte, und sollten sich sehr hüten, die Arbeitervolk zu reizen. Wir haben die Machtmittel, um uns gegen jede Gegenbewegung in kürzester Zeit zur Wehr zu setzen. (Gut!) Klarlich Poste. — (Sehr richtig! und Heiterkeit.) In dem großen Kongress des 9. November schlagen auch die Unabhängigen widerstreitend in die dargebotene Hand ein, und das Hoffnungsvolle Praktikum bestätigt diese Einigung und die erste sozialdemokratische Regierung. Letzter war sie nicht von langer Dauer. Die Unabhängigen sind keine einheitliche und geschlossene Partei. Aber eben eben

traten finden sich in ihr begeisterte Anhänger der Minderheitsdiktatur, die am liebsten die Revolution zu einer Regierungsform machen wollten, Kreise, die

die Handgranaten und Maschinengewehre

in den Kampf der Geisler einführten. Die Unabhängigen müssen es selbst erleben, doch es in solchen Tagen radikal auftretenden Parteien nicht an Zulauf fehlt. Links von ihnen entstand die Partei der Kommunisten, und leider fanden die Unabhängigen nicht den Mut zum Trennungstritt gegen sie. So wurde das Unternehmen auf dem Trümmerhaufen immer schwieriger; aus dem auch die Kommunisten keine sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen könnten. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen verhinderten die Wahlen zur Nationalversammlung, wie sie auch die sozialdemokratische Mehrheit verhindert haben. So sind die Unabhängigen daran schuld, daß wir nicht mehr für den Sozialismus erreichen können. (Sehr gut!) Noch schlimmer war die Bildung bemannter Haufen, um die Regierung zu stürzen, ein Beginnen, das ihnen in der frischen Januarwoche bestreite gelungen wäre, wenn wir nicht damals die Nerven behalten hätten. Damals wurden die ersten Freiwilligen-Regimenter ins Leben gerufen, womit gerade die Berliner Parteigenossen bevorstet einverstanden waren. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir fordern strengste Racheur gegen alle Ausschreitungen, aber — es ist ein historisches Geist, daß keine Regierung sich an der Macht halten kann, die nicht eine zuverlässige militärische Stütze hat. Ohne die Freiwilligen hätten wir längst mexikanische Zustände.

Auch eine sozialistische Regierung kann eine sozialistische Armee nicht durchführen, wenn es drei sozialistische Parteien gibt, die Kommunisten mit als Sozialisten gezählt. Wir können uns nur einigen auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze. Eine Einigung mit den Kommunisten erscheint uns gänglich ausgeschlossen. Wir werden von dem Boden der Demokratie unter freiem Umstand abheben und uns niemals zur Diktatur der Minderheit bekehren. (Zustimmung.) Wir sind jetzt Regierungspartei geworden, und neben einer regierenden Partei steht immer eine Oppositionspartei, die mehr fordert, als die Regierung geben kann. Die Regierung läßt sich nur einmal nicht nach den Grundsätzen einer Agitationsbrochüre leiten. Das müssen die Parteigenossen begreifen, und wenn die Parteien wieder öffnen, so wird die Erziehung zur politischen Verantwortlichkeit immer einen breiten Raum einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Uns droht ein Gewaltfrieden und dadurch hat die deutsche Arbeiterklasse in dieser Stunde eine große historische Mission.

Sie war der Träger des deutschen Einheitsgedankens schon als Bebel und Liebknecht für Großdeutschland eintreten, das sich jetzt erst in gemeinsamem Leid durch den Untergang unserer österreichischen Brüder verwirkt haben soll. In Erinnerung an diese Vergangenheit zeigt sich jetzt, daß die deutsche Nation sich auf die deutsche Arbeiterschaft verlassen kann. Speher und Ludwigshafen, Wiesbaden und Mainz haben die ersten Proben gegeben. Wir werden die deutsche Nation auch weiter verleidigen, bis der friedliche Sozialismus alle Völker von jedem Joch befreit haben wird. Nur ein Volk, das sich selbst aufreibt, kann aus dem Buch der Geschichte gestrichen werden. Darum rufe ich dem deutschen Arbeiter, besonders aber unseren Brüdern an Saar und Memel, Rhein und Weißel voran zu: „Was auch geschiehe, stehe zu deinem Volk, es ist dein angeborener Platz.“ (Sturm. Beifl.) Hierauf erklärte Hermann Müller den Parteitag für eröffnet. Zu Vorfahren werden Heinrich Schulz und Löbe (Breslau) gewählt.

Vorvater Schulz verspricht eine sachliche Geschäftsführung und mahnt die Delegierten, sich in dieser ersten Zeit jedes Wort reiflich zu überlegen. (Auffällige Zustimmung.)

Zur Tagesordnung liegen Anträge vor, welche die Behandlung der auswärtigen Politik, der Sozialfürsorge, des Heereswesens, der Jugendpflege usw. durch besondere Komitees fordern.

Leutert (Hamburg) widerspricht jeder Erweiterung der Tagesordnung und wendet sich unter Hinweis auf die unsichere auswärtige Lage gegen eine besondere Behandlung der auswärtigen Politik im Interesse einer Abkürzung der Debatte.

Eduard Bernstein spricht für den Antrag, die auswärtige Politik besonders zu behandeln. Eine Klärung der auswärtigen Fragen sei gerade jetzt notwendig.

Fritz (Gauau): Wenn vier Punkte der Tagesordnung zusammen behandelt werden sollen, dann können wir den Rest auch gleich mit zuschließen. Wie soll über alle diese Fragen in 10 Minuten gesprochen werden?

Otto Braun vom Parteivorstand: Wenn wir fertig werden wollen, müssen wir ein starkes Maß von Selbstbeschränkung anwenden, sonst führt wie ein paar Wochen hier. Für eine Debatte über die äußere Politik gibt es keine ungeeignete Zeit als jetzt.

Emmel (Apolda): Wenn zwei Punkte zusammen besprochen werden, so gibt es kein klares Dispositionsbild. Deswegen muß der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung besonders besprochen werden.

Bretthorst (Brieg): Man will den Parteitag höchstens 2 bis 3 Tage zusammenlaufen und deshalb alles abwürgen. (Unterst.) Wir dürfen und aber nicht einzuhalten lassen, denn wir haben ohne einen schweren Stand im Lande.

Der Antrag, die auswärtige Politik besonders zu behandeln, wird mit 218 gegen 165 Stimmen angenommen. Der Punkt wird mit Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik verbunden. Als Komiteen werden Eduard Bernstein und Eduard David vorgeschlagen. Bernstein wird mit großer Mehrheit gewählt, die übrigen Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt, ebenso der Antrag der Geschäftsführungskomitee Leutert angenommen. Dagegen wird ein Antrag Emmel, den Fraktionssbericht besonders zu besprechen, abgelehnt, die übrigen Berichte aber werden miteinander ver-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 134.

Magdeburg, Donnerstag den 12. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Die deutsche Verfassung.

Während das deutsche Volk mit größter Spannung allen Neuverordnungen und Handlungen folgt, die den künftigen Frieden und die uns vorgelegten Friedensbedingungen betreffen, ist die Aufmerksamkeit von einer nicht minder wichtigen Angelegenheit, nämlich von der vorliegenden Verfassung der deutschen Republik, allzu sehr abgelenkt worden.

Es ist die wesentlichste Aufgabe der Nationalversammlung, durch die neue Verfassung ein Fundament zu schaffen, auf dem der gesicherte Aufbau des demokratischen Staatsweisens erfolgen kann. Nachdem am 21. Februar der Nationalversammlung der Verfassungsentwurf vorgelegt wurde, nahm der Verfassungsausschuss bald darauf die Beratungen auf, die nunmehr vor einem vorläufigen Abschluß stehen. Es ist zu erwarten, daß in Kürze das Blatt der Nationalversammlung zu der Verfassung endgültig Stellung nehmen wird. Die einzelnen Fraktionen haben sich bereits mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses beschäftigt. Wie aus dem ausführlichen Bericht, der in der sozialdemokratischen Fraktion erstattet wurde, hervorgeht, hat der Verfassungsausschuss zum Teil recht erhebliche Änderungen an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen.

Der Grundgedanke der Verfassung liegt in dem einleitenden Satz des Artikels 1: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Verstärkt wird dieser Grundgedanke durch die Reichskompetenzen. Der Verfassungsausschuss hat bei der Reichsgefegebung dahin unterschieden, daß das Reich die Gesetzgebung zum Teil ausüben soll, zum andern Teil ausüben kann. Die sogenannte Soll-Gesetzgebung erstreckt sich nach den Ausschußbeschlüssen auch auf das Arbeiterecht, auf den Schutz der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitsnachweis, ferner auf die Regierungskraftung von Naturjägern und wirtschaftlichen Unternehmungen und die Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft.

Ein außerordentlich großer Fortschritt ist in der in Artikel 9b geöffneten Möglichkeit der Vereinheitlichung der Schulgelehrten und Schulgebungen zu erkennen, obgleich gerade in diesen Fragen der rein sozialistischen Ausschuß äußerst wenig Rechnung getragen worden ist. Es besteht zwar keine geistige Aufsicht über die Schule und seine Staatsschule mehr und für Religionsgemeinschaften keine Beschränkung. Aber die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Ausschuß zeigten wenig Gerechtigkeit, allen, auch den kleinen Religionsgemeinschaften, die Rechte öffentlicher Körperhaften zuzugestehen. Zweifelhafter Art sind die vom Ausschuß getroffenen Schulbestimmungen, obgleich sie besser als im Regierungsentwurf sind. Gewisse Differenzierungen sollen im Schulbetrieb bestehen bleiben; man will gewisse Klassenunterschiede auch weiterhin erhalten. Das ist um so bedenklicher, als von Zentrumsseite weitere Anträge vorliegen, die Berücksichtigung konfessioneller Verhältnisse und die Anerkennung neuer Privatschulen bezeichnen. Statt zu einer Beseitigung der Privatschulen überhaupt zu kommen, wird durch die Zentrumsanträge auf eine Erweiterung der Schule hingewirkt. Man darf hoffen, daß es bei der weiteren Beratung mit Hilfe der Demokraten gelingen wird, diese Anträge abzulehnen. Entgegen unserer Auffassung, wonach Religionsunterricht nicht in die Schule gehört, soll nach den Ausschußbeschlüssen dieser Unterricht urdeutschischer Lehrgegenstand in der Schule bleiben. Allerdings darf kein Lehrer zur Erteilung dieses Unterrichts und kein Schüler gezwungen werden, am Religionsunterricht teilzunehmen.

Ein Fehltritt.

Eine Bauerndramatik aus dem Lauten von Dr. Niesel (Mainz). (2. Fortsetzung.) (Fortsetzung verloren)

6. Gewittersturm.

„Do gehn jo schöne Tage in Tiefenbach vor!“ sagte Gottfried Lamprecht am folgenden Morgen zu seiner Frau, indem er in die Wohnung trat und unruhig in derselben auf und ab ging. „Den emel am Mutter — da hat mir der Balmierer eine verächtlich, gehörnig störrisch hätte sie in der „Krone“ aus dodgeschmissen, un mach Du' wien?“ Dem Wiesemann Müller sein schlechter Zug, der wo off' der Herr ja oft mit unserm Kind gedozt' hat! Wir haben uns noch ja drüber gestritten!“

„Um Himmels willse, des Schwinde Franz?“ tief erwiderte Frau Christiane.

„Der Herrscher, mein Balmierer, wo ewe fort is, hat ihn selbst verkrümmt. Naß der Elster war do — sie habe aber alle baad nix machen könne. Un mach' Du, wer's genau het, Mutter? Verächtlich will! — Des Höfers Paul is es gewes!“ Der morgend' hat ihm der Gendarm schon noch Editha ins Amtesamtgeschäfts abgeholt.“

„Des Höfers Paul! Um Himmels willse, Mutter!“ Der is ja die heiße Seele von der Welt!“ Des kann ja gar nicht sein!“

„Es is aber so!“ Dem Wiesemann Müller sein Franz hat wieder gehabt im Zaun gehabt un is mit dem Paul wege eine Mädch' hinneruntern komme. Der Paul hat ihn gespazt' un hat ihn wieder de Lüte geschrifft — do hat sich der Franz bestimmt für die Herrschaft eingefüllig!“ Mit dem Blatz wätz er doch gewesen!

Erbleibend war Frau Lamprecht auf einen Stock gesunken und hatte die Hände auf das Herz gepreßt, als fühlte sie dort einen körperlichen Schmerz. Angstvoll suchte dabei ihr Blick in dem Antlitz ihres Mannes zu leien, der offenbar in der höchsten Gemütsbewegung plötzlich in der Mine der Stunde heftigstes und eint der Rechten zog der wie Purpur glühenden Stirn fahrend vor sich hinunterzuckte:

„Um Himmels willse nur des niet!“

„Das n't!“ Mutter? Was denkt' Du?“ brachte Frau Christiane mürrisch hervor. „Sag mal, seit' bringt die Angst mir um!“

„Es kann ja mit fern, Mutter! Nur real! Ich tät' ja verdrückt

Das Beamtenrecht ist in der Verfassung gesichert und gefestigt. Absolute Offenlegung der Personalakten, Beschwerdeinstanz gegen Disziplinarverfahren, Einspruchrecht usw. sind vorgesehen.

Vieler Staub hat der Artikel 15 des Verfassungsentwurfs aufgewirbelt, demzufolge die Gliederung des Reiches in Länder im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerungen erfolgen soll. Die Neubildung von Ländern oder die Aenderung ihres Gebiets durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegender Allgemeininteresse sie erheischt. Nicht soffig genug kann es zurückgewiesen werden, in diesen Bestimmungen etwa eine Förderung der Osttrennungsbemühungen vom Reich erbliden zu wollen. Vielmehr soll die in der Verfassung gegebene Möglichkeit der Neubildung von Ländern nur zu einer Neubildung innerhalb des Reiches führen dürfen und in dessen Interesse gelegen sein.

Auf dem Wege zur Reichseinheit im Verkehrswesen ist ein wesentlicher Schritt nach vorwärts getan. In langen Verhandlungen sind die größten Widerstände beseitigt worden. Die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs, ebenso die gesamten Staats Eisenbahnen und die Wasserstraßen gehen im Wege der Verständigung bis zum 1. April 1921 auf das Reich über.

Wegen der Reichsausübung ist es mit dem Staatenausschuss zu einer Verständigung gekommen. Die dem Reichspräsidenten eingeräumten Befugnisse zeigen ebenfalls verschiedene Verbesserungen im demokratischen Sinne. Volksabstimmungen sind vorzunehmen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten es verlangt; desgleichen ist das Abstimmrecht für Gesetze vorgesehen. Das Wahlrecht in den deutschen Ländern steht allen reichsdeutschen Männern und Frauen zu. Mit der Bekannterung des Staates im Reich ist die Verfassung ist bereitgestellte Anforderungen Rechnung getragen dadurch, daß die Grundrechte des deutschen Volkes gewahrt werden und daß durch die Verfassung die Gleichberechtigung aller Deutschen, die Beseitigung aller öffentlich-rechtlichen Vorrechte und Nachteile, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Beseitigung der Zensur, Freiheit für Kunst und Wissenschaft, Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen und ähnliches gesichert ist, wird zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland ein Rechtsstaat sein soll.

Viele Forderungen der Sozialdemokratie werden in der neuen Verfassung erfüllt. Zur Erringung dessen, was noch zu wünschen übrigbleibt, öffnet sich ein freier Weg. Deutschland ist ein Volksstaat geworden und soll so regiert werden, wie es das Volk selbst verlangt. Damit ist uns aber auch die Möglichkeit gegeben, ohne gewaltsame Kampf durch die demokratische Rechtsordnung selbst zu den Zielen des Sozialismus vorwärtszuschreiten.

Die Unabhängigen zur rheinischen Republik.

Gegen die hochverräterischen Umtreibe alldeutlicher und steriler Landesvertreter im Rheinland-Westfalen hat sich die gesamte Arbeiterschaft des Rheinlandes zu wichtigen Generalstreikprotest erhoben. Die Proteststreife in Köln, Wiesbaden, Mainz usw. sind von der ganzen Arbeiterschaft einmütig durchgeführt worden. Die Zentralleitung der unabhängigen Sozialdemokratie hat zu diesen Proteststreiken ihre volle Zustimmung ausgesprochen und ihre An-

hänger aufgefordert, weiter „unbeugsame Feinde aller separatistischen Verrätereien“ zu bleiben.

Leider hat diese Mahnung bei den Unabhängigen nichts gefruchtet. Die Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie in Köln erläßt einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger auffordert, sich an den Protest generalstreikfeindlichen gegen die rheinische Republik nicht mehr zu beteiligen. In dem Aufruf heißt es:

Die U. S. P. steht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie weiß, daß eine gewaltsame Abtrennung der Rheinlande, die wir verurteilen, geschichtlich betrachtet, nur eine Gewaltmaßnahme von vorübergehender Bedeutung wäre. Sie steht vor allem auf internationalem Boden. Sie erwartet die föderale Regelung des Völkerfriedens und die Festsetzung der Landsgrenzen von den vereinigten Arbeitern aller Länder. Sie lehnt es deshalb ab, gemeinsam mit Parteien zusammenzugehen, die kein Wort des Protests fanden, als der deutsche Imperialismus die Völker des Ostens in dieselbe Lage gebracht hatte, in der jetzt das deutsche Volk sich befindet. Wir lehnen es ab, mit Parteien zusammenzugehen, die den Frieden von Versailles-Litowisk und Bükarest mit dem Selbstbestimmungsrecht in Einklang brachten. Parteien, die nach vor Jahreszeit die Unterstützung der baltischen Barone, des Rajakentmans Storopadski und der finnländischen Mönarchen durch das deutsche Volk guthielten, die heute noch die Niederknüppfung der estnischen Bevölkerung durch die deutsche Bevölkerung dulden, haben ihrerseits das Recht verwirkt, gegen die Handhabung derselben Methode im eigenen Lande zu protestieren. Wir erinnern die Kölner Arbeiterschaft daran, daß sämtliche politischen Streite, die in den letzten Wochen wegen der Errichtung Karl Liebknechts und Hugo Lüemburgs, für Sozialisierung und Räteystem usw. ausgeschlagen wurden. Wir erinnern daran, daß die Regierung ein Geetz in Vorbereitung hat, welches das Kreisen geistlich verbieten will und daß es gerade ein Führer der Kölner Gewerkschaften war, der fürzlich im „Vorwärts“ diesen Gedanken vertrat. Wir erinnern die Kölner Arbeiterschaft an die Verpfusfung des Generalstreiks vom Januar 1918, der für die Beendigung des Weltkriegs und den Völkerfrieden einsetzte. Der Generalstreik, die leste Waffe des Proletariats, ist uns zu heilig, um ihn von Kreisen anwenden zu lassen, die bisher jeder Gelegenheit ihre Abneigung gegen seine klassenheutige Unwendung nicht verschüttet haben. Wir warnen deshalb die Arbeiterschaft, sich zu nationalen Interessen einzubauen zu lassen. Die U. S. P. vertreibt die Interessen der Arbeiterschaft, aber sie wird nur an einer Aktion ihre Zustimmung geben, die sich im Rahmen des proletarischen Befreiungskampfes bewegt.

Die lächerlichen Redensarten und unmäßigen falschen Behauptungen dieses Aufrufs sind genau die gleichen, welche die Zentralleitung der U. S. P. anwendet, wenn sie auffordert, mit uns gemeinsam gegen den Mordfrieden von Versailles zu protestieren. Dadurch sind die Anhänger der U. S. P. so verwirrt worden, daß sie jetzt schon bei jeder Gelegenheit den deutschen Interessen zu widerhandeln und sogar den schwärmenden Hochverrätern am Rhein indirekt zur Errreichung ihrer Rheinrepublik helfen.

Diese Handlungswise ist um so unverantwortlicher, als gerade die französischen Sozialisten die Rheinrepublik zum Anlaß nahmen, um die heimischen Imperialisten mit den schärfsten Waffen anzugreifen. So bringt die „Humanité“ von einem besondern Korrespondenten, anscheinend einem Soldaten der Besatzungsmarine, ein Stimmungsbild aus Wiesbaden über die „schmachvolle Komödie“ der Rheinrepublik. In diesem Bericht heißt es:

Wer die Antwort hat nicht lange auf sich warten lassen. Die einzige, welche das rheinländische Volk, das von der Besatzungsmarine streng beobachtet wird, geben konnte. Kaum wurde die unerwartete Nachricht von der Proklamation der Rheinrepublik bekannt, als der Generalstreik erklärt wurde. Die Arbeiter verließen die Fabrik, die Bühne stürmten, alle Läden wurden geschlossen. Ein stummer Protest, der aber um so bedeuteter war.

Auch diesen Kampf der französischen Genossen für das Recht sabotieren die Unabhängigen durch ihr unverantwortliches Treiben. —

brennen Eindruck, gleichsam als habe der jugendliche Körper ein schweres Siechtum überstanden oder als wäre eine zehrende Krankheit an demselben.

Mit automatischen Bewegungen schüttet sich das Mädchen an, die Tasche auf dem Kopf festzuhalten und fragt dann leise:

„Ist der Vater noch in seiner Stube?“

„Der Vater, Kind,“ erwiderte die Mutter, „ist noch emol schnell ins Bett gesprungen. Wo ist gestern morgen in der „Kron“ e schrecklich Geschicht passiert mit des Höfers Paul un dem Wiesemann? Sein Franz.“

„Schrecklich,“ erwiderte die Mutter, „Was ist dann passiert?“

Provinz und Umgegend.

Aus den Landesheilanstalten.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Das Personal der Landesheilanstalten bemüht sich seit einiger Zeit, die gesetzliche 8-stündige Arbeitszeit resp. Dienstzeit auch in den Landesheilanstalten einzuführen. Von der Berufsorganisation des Pflegerpersonals ist eine diesbezügliche Eingabe an die Behörden eingereicht. Auch die Auslösungen der Anstalten haben dementsprechende Anträge gestellt. Die Einwendungen, die bisher von den Behörden gemacht wurden, gingen dahin, daß der Achtfunderttag nicht für das Pflegepersonal usw. eingeführt zu werden brauche, da solche nur für gewerbliche Arbeiter eingeführt werden müsse. Der Demobilisierungsausschuß hat nur auf Anfragen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes dahingehend geantwortet, daß Pflegerpersonal als gewerbliche Arbeiter angesehen sei. Über auch unbeschadet solcher Entscheidungen, vermögen wir nicht einzusehen, aus welchem Grunde das Personal der Heilanstalten hinter den übrigen gewerblichen Arbeitern und Angestellten zurückstehen soll.

Das Personal der Heilanstalten hat sich, um seinen gerechten Wünschen mehr Geltung verschaffen zu können, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Sektion des Reichspflegerpersonals) angegeschlossen. Es braucht nicht erst angeführt zu werden, daß die Organisation selbstverständlich ernsthaft bestrebt ist, ein Arbeits- und Dienstverhältnis für das Personal der Heilanstalten zu erlangen, welches zum mindesten mit den gewerblichen gleichgestellt ist. Wie notwendig es ist, daß endlich andere Begründungen herbeigeführt werden, soll an einigen Beispielen bewiesen werden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sollen erst dann Entlassungen vorgenommen werden, wenn eine Reduzierung der Arbeit resp. Dienstzeit auf wöchentlich 24 Stunden vorgenommen ist, aber unbeschadet davon werden in den Landesheilanstalten fortgesetzte Kündigungen und Entlassungen vorgenommen. Unter den Gefündigten befinden sich Kriegsteilnehmer, die sich teilweise 5 bis 8 Jahre im Dienste befinden. Auch der tägliche Dienst beträgt noch 10 und mehr Stunden. Daß unter solchen Umständen die große Arbeitslosigkeit nicht gelindert werden kann, bedarf keiner Begründung.

Die Behörden können sich teilweise noch nicht an den Zug der neuen Zeit gewöhnen und haben den fehlenden Wunsch, in der bisherigen Weise den Herrenstandpunkt auch für die Zukunft weiter zu verantworten. Daß nun endlich ernsthaft darauf gedrungen wird, den Pflichten gegenüber auch Rechte zu beanspruchen, will den Herren der Alleinherrschaft scheinbar nicht in den Kopf, und man will die starke Organisation des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes untergraben. Bisher hat man sich um das Personal der Krankenhäuser und Landesheilanstalten nicht bemüht und die Folge davon war, daß eine unbedeutende Dienst- und Arbeitszeit bis zu 14 Stunden bestand. Wo nun die Interessen des Personals vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit Nachdruck vertreten werden, sucht man nach Mitteln und Wege um den alten Zustand zu erhalten. Ein geeignetes Mittel glaubt man scheinbar dadurch gefunden zu haben, daß man die Zugehörigkeit zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband verleißen und eine neue (gelbe) Organisation gründen möchte, zu der man auch das Personal der Heilanstalten herüberziehen will.

Das geht klar und deutlich aus einer Zuschrift hervor, die den Direktoren der Landesanstalten und Landesbauämtern zugegangen ist, und zwar vom Hauptverein der Beamten der Provinzialverwaltung von Sachsen. Unterzeichnet ist sie außer vom damaligen Vorsitzenden Krauß und dem Schriftführer Strelzer noch vom Landeshauptmann von Wittenberg selbst. Mit einem großen Aufwand von Worten wird darin ein Programm entwickelt, das den Arbeitern viel besseres und sie besonders vor dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter warrt. Auch unter den Strafenwätern der Landesbauämter hat man den Versuch gemacht, sie vom Gemeindearbeiterverband abzutrennen und eine neue Organisation zu gründen usw. Es ist recht sonderbar, daß man sich auf einmal erinnert, daß man in den Heilanstalten Pflegerpersonal und andre hat, welche berechtigte Ansprüche erheben, daß man Strafenwärt und Arbeiter beschäftigt mit einem Hungertlohn von 6 bis 7 Mark pro Tag. Ferner hat man kürzlich in einer Heilanstalt, wenn nicht schon in allen, eine Abstimmung vorgenommen darüber, ob das Personal in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ihr Interessenvertretung leibe; die Abstimmung erfolgte so, daß mit Ja oder Nein unter Hinzufügung der namenslichen Unterschrift ein Bettel abgegeben werden mußte. Soweit hier bekannt, hat sich das Personal fast geschlossen für den Verband erklärt. So wird mit Hochdruck gearbeitet, die Organisation zu zerstören, um in der alten Friedhofsruhe nicht gejagt zu werden. Der Recht ist, soll es bleiben. Pfleger, Angestellte und Strafenwärt, merkt es auch, der Herr Landeshauptmann ist einverstanden? Möchte doch der Herr Landeshauptmann auch damit einverstanden sein, daß nicht langjährige Pfleger und erfahrene Personale, welche teilweise Kriegsteilnehmer sind, auf Strafenplätzen gezeigt und ihren berechtigten Wünschen recht bald Rechnung getragen werden.

An die Arbeitervertreter des Provinzial- und Kreisstages ergibt die Bitte, darauf zu achten, daß das Vereinrecht nicht beeinträchtigt wird. Jedenfalls muß gegen solche Maßnahmen der Beamten, welche sich erlauben, in das freie Vereinigungtrecht der Untergeschichten einzugreifen, Stellung genommen werden. Auch hat man noch nicht zu verzweifeln gehabt, daß eine Abstimmung unter Friedheit mit idem Recht durch Vorgefechte verlangt werden ist. Das Vorgehen kennzeichnet, was in die Wege geleitet werden soll. Ob es von oberster Stelle ausgeht und ob untergeordnete Personen dazu veranlaßt worden sind, werden wir demnächst berichten können.

Zunächst ergibt der Ruf an die Pfleger. Angestellten der Heilanstalten und Strafenwärt, sollen eure gerechten Forderungen in Erfüllung geben, dann lasst euch nicht durch idem Recht und Versprechungen einfliegen, sondern nehmt euch ein Beispiel an den bisherigen traurigen Zuständen. Kein Recht hat man euch zugestanden, nicht einmal das Recht das den gewerblichen Arbeitern längst zugestanden ist. Nicht einmal einen zusätzlichen Lohn. Auf die schriftlichen Eingaben an den Landeshauptmann ist bisher nicht einmal eine Antwort ergangen und langjährige Pfleger und auf Strafenplätzen gezeigt; ein Andere, und das Recht wird geholt werden müssen. Zu unfern Vertretern dürfen wir wohl Vertrauen haben und sie werden recht bald Verhandlung nehmen müssen, daß Recht auch den Rechtlosen wird. Wenn gefundene Pfleger in Wahrheit jetzt ihr Recht durch den Gesetzgebungsausschuss juchen müssen, darf man nicht im Zweifel sein darüber, daß eine genehmigte und neu zu gründende Organisation ein summliches Gebilde sein und blieben wird, selbst wenn auch der Herr Landeshauptmann seine Genehmigung gegeben hat.

Die Parteipresse des Bezirks wird um Nachdruck gebeten. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Gaukureau Magdeburg, Groß-Münzstraße 3, 2. Dr. L. Wachendorff.

Kreis Wittenberg-Neuhaldensleben.

Borsdorf, 11. Juni. (Gemeinderepresentanz) Am Ende des ausweisenden Schriften Strelzer wurde Genosse Wilhelm Küff einkünftig gemacht. Genosse Hermann Küff rückt in die Gemeinderepresentanz ein. Von der Gemeinde Borsdorf wurden die Kirchhöfe an den Borsdorfer Mordeker übertragen zum Preis von 1000 Mark gekauft. Der Verkauf soll den breitigen Straßennamen zugute kommen. Ferner gelang es dem Schreiber, Börse, die im Schleierhandel von einem Mordeker bewirtschaftet war, zu beschlagnahmen.

Görlitz, 11. Juni. (Landarbeiterkonferenz.) Es wird wieder darauf aufmerksam gemacht, daß eine Kreis-

konferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes für den Kreis Neuhaldensleben am Sonntag den 15. Juni, vorm. 11½ Uhr, im Saale des Gutsbezirks Franz Büß zu Eilsleben stattfindet. Sämtliche Vorlände sowie Arbeiterausschüsse der einzelnen Ortsgruppen sind hierzu eingeladen.

Nordgermersleben, 11. Juni. (Schweizerorganisation.) Am Mittwoch versammelten sich mehrere Berufsschweizer des Kreises Neuhaldensleben im Restaurant zur Post. Ein Verein wurde gegründet, mit dem Sitz hier. Zweck des Vereins ist es mehrere Geselligkeit und eine stoffliche einheitliche Organisation zu schaffen. Angefangen ist er dem Allgemeinen Schweizerbund, Sitz Leipzig, der wiederum den freien Gewerkschaften Deutschlands sich anzuschließen im Begriff steht. Wir möchten alle noch nicht organisierten Berufsschweizer hierdurch herzlich einladen, sich zusammenzutun, und dem Verein beizutreten. Versammlungen finden statt jeden ersten Mittwoch nach dem 1. eines Monats. Nächste Versammlung 2. Juli im obengenannten Lokal abends 8½ Uhr. Der Lehrtarif für die Schweizer der Provinz Sachsen und Anhalt ist seit 17. Mai in Kraft, wet noch nicht genügend orientiert ist, besuch die Versammlungen.

Wadersleben, 11. Juni. (Vollstimmenwahl.) Vom 1. Juli an hat Frau Schwartzki die Kolportage der "Vollstimme" übernommen. Beschlüsse sind für das nächste Vierteljahr an diese zu richten.

Kreis Mansleben.

Salbke-Westerhüsen-Germersleben, 11. Juni. (Einflüsterlicher Unterhaltungsabend) ist am Sonnabend, 14. Juni abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus der Sackfabrik, ausgeschafft von Mitgliedern des Magdeburger Stadttheaters. Das Programm ist ähnlich dem des erfolgreichen flüsterlichen Unterhaltungsabends, den am 30. April der Arbeiterbildungsausschuss in Magdeburg im "Admiralpalast" veranstaltete. Siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Egeln, 11. Juni. (Lebensmittelkarten.) Am Donnerstag findet die Ausgabe der neuen Stammkarten für folgende Straßen statt: Von 3 bis 4 Uhr Niederslebener Straße, 4 bis 5 Uhr Markt, 5 bis 6 Uhr Mühlenstraße. Die alten Stammkarten sind mitzubringen. — Am Donnerstag Ausgabe von Butterkarten gegen Vorzeigen der Fettkarten von 8 bis 9 Uhr Nr. 1 bis 1000, von 9 bis 10 Uhr Nr. 1001 bis 2000, von 10 bis 11 Uhr Nr. 2001 bis 3000, von 11 bis 12 Uhr Nr. 3001 bis 4000, von 12 bis 1 Uhr Nr. 4001 bis 5000, von 3 bis 4 Uhr Nr. 5001 bis 5500 im Rathaus.

Klein-Rodenbleben, 11. Juni. (Eine öffentliche Volksversammlung) findet am Sonnabend den 14. Juni abends 8 Uhr, bei Fr. Dazmann statt.

Laagweddingen, 11. Juni. (Eine öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Freitag den 13. Juni, abends 8 Uhr statt. — Das Volksfest findet nicht am 13. und 14. Juni statt, wie ursprünglich im Inserat angegeben ist, sondern am 13. und 14. Juli. Schaubudenbesitzer wollen sich im Konsumverein noch melden.

Weiskeben, 11. Juni. (Mitgliederversammlung) Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend, abends 1½ Uhr, bei Gottwitz Schröder seine Mitgliederversammlung ab. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. — Gewerkschaftssitz. Sämtliche hierigen Gewerkschaften haben beschlossen, ein Gewerkschaftsfest zu feiern. Es soll am 6. und 7. Juli im Landwehrsaal stattfinden.

Kreis Jerichow I und 2.

Burg, 11. Juni. (Voricht beim Baden!) Schon oft ist davor gewarnt worden, zu erholt ins Wasser zu gehen. Immer wieder wird dies aber bei Beginn der Badzeit im Freien nicht genügend beachtet. So ist auch hier wieder aus dem Kanal an der Niemegkbrücke die Leiche eines jungen Mannes aus dem Wasser gezogen worden. Der Tope hatte aller Wahrscheinlichkeit nach einen Herzschlag erlitten.

Möckern, 11. Juni. (Auf dem Heuwagen verbrannt.) Am 2. Pfingstmontag war der Landwirt Großhoff aus Lühe mit seiner Frau auf den Heuwiesen mit Heuladen beschäftigt. Da zog ein Blitz schlag in den Heuwagen und setzte ihn in Brand. Die ungünstliche Frau, die auf dem Wagen stand, verbrachte, ohne daß ihr Hilfe werden konnte, da der neben dem Wagen stehende Sohn vom Blitz getroffen worden war.

Kreis Salbe-Aschersleben.

Groß-Salze, 11. Juni. (In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gab Genosse Michaelis den Bericht des Konzerns in Aschersleben. Genosse Hofmann sprach dann über die Lebensmittel- und Kohlendienstleistung, er führte an, daß bei den Kartoffelhändlern nicht so gewirtschaftet wurde, als es eigentlich erwartet werden mußte im Interesse der Volksversorgung. Auch über die Eisabteilung und die Hüttnerhalter wurde debattiert. Die Versammlung konnte nicht verstehen, daß der Aufruhr des Kreisrates an die drei größten Landwirte, doch hier für Karlsruhe abzuleiten noch nicht alle nachgetragen sind. In Groß-Salze wohnen 500 Hüttnerhalter, wenn jeder nur ein Et pro Woche abgeben würde, kämen wir 5.0 Stück an unsere Franken und Kinder zu vergeben. Unser die Frischverteilung gab Genosse Honse Aufführung. Bei der Abrechnung wurde festgestellt, daß Schonebeck bedeutend besser beliefert wird als Groß-Salze. So hat unter anderem Schonebeck für 1 Monat 22 Kohlebezugsstücke zu vergeben, während Groß-Salze 20 Stück in 3 Monaten zur Verfügung stehen. So auch in der Verteilung der Kartoffel. Zeigebauer hat viermal und Bier sechsmal sonst erhalten wie Groß-Salze. Da wird es nun endlich Zeit, daß die Kreis-Vertretung den Herren ein Bildnis auf das Finger setzen — Ich bin ein Zeichen der Zeit. Die Chaussee vom Bahnhofsvorhang bis Eggersdorf bietet ein trautes Bild. Die Bäume ragen so voll Rankenwerk und Rauten, daß es ein Standart ist. Nun können wir es erleben, daß in kurzer Zeit die Bäume abgestorben dastehen werden.

Pömmelte, 11. Juni. (Versammlung der Landwirte) Am Sonnabend abend fand hier eine öffentliche nur wenig besuchte Versammlung statt, in welcher der Bezirksleiter Peters aus Magdeburg über "Herrwiederkunft und die Weltrevolution" referierte. Mit seinen Ausführungen kam der Referent nur wenig Aufhang, so daß die Versammlung einen mäßigen Verlauf nahm.

Alleine Chronik.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Potsdam verurteilte den polnischen Schmied Adam Górecki, der am 23. Dezember vorigen Jahres bei Zahl den Gutsbesitzer Stromer mit einer Axt erschlagen und ihm 8000 Mark Kriegsanteile geraubt hatte, zum Tode. — Wegen eines Handgranatenangriffs auf arbeitswillige Bergleute der Zieche Engelsburg bei Geleghenheit des Streites im Februar dieses Jahres, wobei ein Bergmann getötet und mehrere verletzt worden waren, wurden die Bergleute Heinrich Ullmann und Wilhelm Elsing vom Schwurgericht auf Grund des Sprengstoffgesetzes zum Tode verurteilt.

Das Bullenauge. Eine Leiferin berichtet der Eberswalder Zeitung: Ich habe mir vor einigen Tagen die 7-Mark-Büchse S. A. B. Süßleib, und war doch etwas "Schönnes" erachtet zu haben in der "Schlösschen" Zeit. Boller Erwähnung wurde die Schwarzschießbüchse geöffnet, aber, o Schred, da wette mich ein volles Schätzchen bestimmt! Das Bullenauge in seiner ganzen Eleganz! etc. etc. — Kein Hunger war für 24 Stunden gestillt.

Siebzig Försterbeamte erschossen. Innerhalb der letzten Woche wurden in Bayern über 70 Försterbeamte und Förster in Aussicht ihres Dienstes gegen Wilderer und Holzhiebe erschossen.

Kriegsgewinnert Wein. Ein reuter Trapez wurde durch die Verwaltung des Prinzen Heinrich von Preußen zu Schloss Reichenbach in Eichstädt zur Vereinigung gebracht. Darauf wurden für 1918er Wein sehr hohe Preise erzielt, die zwischen 24.000 und 32.000 Mark für das Stück schwanken. Den bisher wohl noch

nicht erreichten Preis bei einer Kleinversteigerung erzielte ein Viertelstück 1918er Schloss Reinhardshausen Eichstädt Marktorf, wofür auf das Stück gerechnet rund 260.000 Mark gezahlt wurden, das ergibt für das Liter 283.67 Mark. Damit ist der bis jetzt bezahlte höchste Preis von 207.000 Mark, der im Vorjahr für ein Stück Bladenheimer Rothenberg-Weinrauslese gezahlt wurde, weit überholt worden.

Brotbäckerei mit Meereswasser. Die Knappheit am Salzvielerort hat den Vorschlag gezeigt, der Brotbäckerei das salzhaltige Wasser nützbar zu machen. Das Verfahren ist, wie Karrier Blätter herheben, durchaus nicht neu, sondern es hat sich in der Vergangenheit bereits bewährt. Ja, ärztliche Berichte der Zeit besagen sogar, daß mit Meereswasser gebakenes Brot besonders hygienische Vorteile aufzuweisen hat. So wurden im Jahre 1872 auf einem Segelschiff, das mit 41 Personen an Bord von La Havre nach San Francisco fuhr, Passagiere und Mannschaften während der 41-tägigen Überfahrt ausschließlich mit Brot ernährt, das mit Seewasser gebakten war. Erwähnt sei auch, daß ein Brot der Hafenstadt Cherbourg darin besteht, bei der Brotbäckerei für das Militär und die Zivilbevölkerung Seewasser zu verwenden; und das Brot von Cherbourg erfreut sich in Frankreich wegen seines Wohlgeschmacks und seiner Bekümmerlichkeit bei jeder Beliebtheit. Das so bereitete Brot soll sich nicht nur wegen der wasserstaubhaften Fähigkeit des Magnesiums besser als andres Brot frisch erhalten, sondern es soll auch ungeheure höheren Nährwert haben als das mit Süßwasser gebakene Brot.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion den Publizistus gegenüber keine Verantwortung.
Brachliegender Magistratsrat.

In der jetzigen Ernährungsnot wird vom Magistrat immer darauf hingewiesen, daß jeder Einwohner sein Stückchen Garten mit Gemüse bepflanzen soll, da es zur Ernährung des Volkes dient. Gut; aber wie sieht es mit der Bewirtschaftung von städtischen Acker aus? In berechtigtem Horne sprechen viele Tausende über das Brachliegen des guten Binsleichen Stiftungsräders hinter Fort 1. Man nahm den Parzelleneigentümern durch Kundigung ihre Anpflanzungen und sonstigen Garteneinrichtungen, schuf einen großen Lagerplatz und kündigte wieder, um Nutzbaraden zu errichten. Bis jetzt liegen die vielen Morgen Acker brach. Doch sollen nun auch noch die bestehenden Parzellen, mit Beeren- und Obststräuchern bepflanzt, gefundert werden, und zwar wegen Schaffung eines Turnplatzes. Die Beteiligten sind der Ansicht, daß das Brachland vollauf als Spiel- und Turnplatz genügt. Der Magistrat macht anscheinend, was er will. Besser wäre es, wenn der Magistrat die Sache an Ort und Stelle beschäftigen ließe, um zeitzu stellen, was ist praktisch und was ist unpraktisch. Wie unpraktisch würde es jede sachverständige Kommission bezeichnen, wenn weiter guter Ackerboden brachgelegen werden sollte, da schon viele Morgen zwischen Fort 1 und Germersleben unbearbeitet liegen. Neben einem Landwirt, der seinen Acker so vernachlässigt, würde man die Zwangsbewirtschaftung befürchten. Kann das auch über den Magistrat ausgeprochen werden?

Viele, die sich gern Kartoffeln selbst gepflanzt hätten.

Ortsübliche Tagelöhne.

In dem Artikel in Nr. 128 betreffend die Tätigkeit des Oberberichterstatters am Magdeburg vermisst man einen Punkt, der anscheinend infolge seiner Geringfügigkeit (?) übersehen zu sein scheint. Er betrifft die ortüblichen Tagelöhne. Es ist dies derjenige Lohn, den ein gewöhnlicher Arbeiter an dem Orte seiner Beschäftigung verdient und der vom Überbeschaffungsamt für seinen Bezirk nach § 149 der Reichsberichterstatterordnung festzuhalten ist. Wenn man bedenkt, daß nach diesem Ortslohn die Berechnung der Kosten bei Unfällen in landwirtschaftlichen Betrieben und zum Teile auch in der Industrie erfolgt, so muß man sich wundern, daß jetzt, wo die wirklich gezahlten Löhne doppelt so hoch oder noch höher sind als im Jahre 1914 feststehen. Während andre Oberbeschaffungsämter schon seit längerer Zeit die Sache neu festgesetzt haben, scheint man hier noch auf alten Vorbeeren zu ruhen. Man sollte allerdings meinen, daß eine von der sozialen Gesetzgebung geschaffene Behörde ihren Hauptauftrag darin sehen sollte, den Armuten der Armen, und das sind doch wohl die meistens bedeutsamsten Opfer der Schlachtfelder der Arbeit, ihr schweres Dasein zu erleichtern. Man muß aber staunen, wenn man hört, daß der ortübliche Tagelohn für erwachsene Männer und Frauen in der Stadt Magdeburg 3,70 Mark bzw. 2,00 Mark, in den Provinzstädten 2,80 Mark bzw. 1,70 Mark und in den Landkreisen 2,50 Mark bzw. 1,40 Mark beträgt und sich fragen, ob von den vielen Geheimen und sonstigen Mäten noch niemand dorauf gekommen ist, hier beständig einzutreten. Es bedarf höchstens nur dieses Hinweises, um eine Änderung der Zustände zu veranlassen.

Vereins-Kalender.

Bereinigter Sängerknabenchor Magdeburg. Am Donnerstag Nachmittagsstunde in der "Drei Bären".

Magdeburger Damenchor. Uebungsstunden jeden Donnerstag abends 7 Uhr bei Trift, Hartstraße 6.

Schwimmbad Elbe, Abt. Neustadt. Sonnabend den 14. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung bei Bierotto.

Dresden. Sozialdemokratische Verein. Am Mittwoch den 11. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bier.

Gr. Osterleben-Benedenbeck. Sozialdemokr. Verein. Sonnabend den 14. Juni, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Neuberg.

Briefkästen.

A. Köhler, Schönebeck. Arbeiterzeitung, Wien, Rechte Wienzeile 97.

— A. P. B. Wer 10 Jahre ununterbrochen im Ausland war. Antrag auf Wiederaufnahme kann gestellt werden.

<h

Ein treues Mutterherz hat ausgehörzt zu schlagen!
Am 1. Pfingstag nachmittag entstieß nach kurzem, aber schwerem Krankenlager meine liebe Frau, meine herzensgute Mutter, Schwiegertochter, Schwestern, Schwägerin, Tante und Großmutter

Louise Brummund

geb. Uebel
im 54. Lebensjahr.
Magdeb. 1. J. 1911, 10. Juni.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Albert Brummund
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 12. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Neustädter Friedhofes aus statt. 7846

Todesanzeige.

Am 9. Juni starb in der herrlichen Schweiz nach langem, schwerem Leiden meine gute, liebe Tochter, Schwestern, Schwägerin und Tante

Eino Fischer

im Alter von 34 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Hermann Fischer u. Frau
geb. Schneider
August Schmidt und Frau
geb. Fischer nebst Kindern
Wilhelm Fischer u. Frau
geb. Müller
Minta Fischer, Halle
Hans Fischer,
in franz. Gefangenenschaft
Erna Fischer. 7848

Nachruf.

Am 10. Juni, morgens 8 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden der Schlosser

Hermann Krüger

aus Zarsleben. 1938

Mit ihm geht ein treuer, braver Kollege von uns, der es verstanden hat, durch seinen geraden, aufrichtigen Charakter sich unter Freunden zu erwerben und zu erhalten.

Die Arbeiterschaft der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik
Alt.-Ges.

Verloren Brunnenfilter Röhr
Kaffeez. Abzug, gegen Belohn. Annastr. 47. II. 6. Liebe.

Am Montag 11 Uhr entstieß nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unvergessener Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Schuhmeistermeister

Albert Ulms

im 41. Lebensjahr.

Dies zeigt tief betrübt an

Gr.-Ottensen, 10. Juni.

Marie Ulms geb. Bege.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Mittagstr. Nr. 6, aus statt. 7844

Männer-Turnverein Jahn
Groß-Ottensen.

Nachruf.

Am 9. d. M. starb nach langem Leiden unter langjähriger Erkrankung, der Schneider

7840

Albert Ulms

im 42. Lebensjahr.

Wir seines Angehörigen beklagen auch mit den herzen Verlust dieses Sohnes.

Sein Andenken wird bei uns unablässlich bleiben.

Die Freunde treffen sich zur Feiernahme an der Beerdigung am Donnerstag den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Begehof.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
Groß-Wallensen.

Ortsgruppe Gr.-Ottensen

Nachruf.

Am Montag den 9. Juni starb unter Altersbed., der Schuhmeistermeister

Albert Ulms

im Alter von 42 Jahren. Ein ehrbares Andenken werden wir ihm bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Sennhause, Mittagstr. 6, aus statt. 1938

Zahnarzt Freytag

Magdeburg, Wilhelmstr. 20

Zahnziehen in Marfose

8807

Kieferoperationen.

Gebisse in Zahnheilkunde.

Orthopädische Goldarbeiten

Wohlmutshaus

elektrogalvanisch.

Heilungen, Lichtbeleuchtungen

u. Krankeuren bei viel Krankheit bewährt. Große Heilerfolge.

Behandlung in und außer dem Hause. Auskunft unentgeltlich.

M. Stappenbeck, Mittagstr. 3b.

Vertraglich geprägt. 7846

+ Cassels +

homöopath. Praxis.

Breiteweg 209.

Hälfte des Hauptpost-

9 b. 1. 3 b. 8. S. 9 b. 1.

+ Harn-Untersuchung. +

Bin unter

Nr. 2418

an das Fernsprechnetz ange-

schlossen. 7837

Dr. med. Richard Wollstrom

prakt. Arzt

Fürst-Leopold-Straße 8.

Sprechd. 8.-9. u. 3.-4. Uhr.

Zwei Friseurinnen

am 15. Juni gesucht. 7893

W. Schulze, Halberst. Str. 114/15.

Vom 18. d. M. bis

1. Juli werde ich

verreisen. 7844

Alfr. David

Zahn-Praxis.

Breiteweg 49, Fernspr. 5870

Von der Reise zurück

halte jetzt Sprechstunden

von 3 bis 5 Uhr nachm.

Dr. Schantz

prakt. Arzt 7842

Kühleweinstr. 21

Eingang Gutenbergsstraße.

Telephon 8114.

Entlaufen.

Zottiger Schäferhund in schwatz-

Halsband, auf den Namen Zum-

hören, entlaufen. Gegen hohe

Belohnung abzugeben. Breite-

weg 104, hinten im Garten.

Schwarzer Budehund

auf Höhe hörend, entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Louis Lewy, Scharrnstr. 14.

Verloren. Packtasche mit 380 Mr. Inhalt

von Victoria-Theater b. Wilhelm-

stadt auf dem Wege oder in der

Elektricität. Bitte geg. Belohn.

in der Exp. d. Polizei abzugeben.

Brillant-Ring verloren,

7847 vermutlich Polizeistraße.

Gegen gute Belohnung abzugeben

bei Curtiss, Polizeistraße 8. II.

Trauring

geg. Nr. B. 31. 5. 14) am 2. Pfingst-

festtag verloren. Der eifrige

sucher sucht die Besitzerin.

1. Etage.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme, die reichen

Frühstückspendeln bei der Be-

erdigung unser lieber Schne-

der und allen Verwandten und

Freunden unseres herzlichen

Dank. Auch der Freunde August

Böhme und den Arbeitskollegen

nochmals Dank. Besonders Dan-

ker Schuster Selma für die gute

Frage und Aufmerksamkeit. Auch

danken wir besonders Herrn

Peter Leibnitz für die trost-

lichen Worte am Grabe. 7887

Barleben, 10. Juni 1919.

Im Namen der trauernden

Hinterbliebenen

Familie Heinrich Hartmann

nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herz-

licher Teilnahme, die reichen

Frühstückspendeln und das zahlrei-

che Freigehen beim Eingang

unter lieben Erschütterungen lassen

uns allen Verwandten und Be-

kannten sowie den Witwenherrn

des Hauses Gräfinstraße 10 und

Herrn Professor für die trost-

lichen Worte in der Kapelle und

Grabe unter herzlichen

Dank. 7859

Die trauernden Hinterbliebenen

Friedrich Küller u. Familie

Leipziger Platz.

7848

BRUCK'S

Kaufm. Tages- und Abend-Unterricht

in Buchführung, Handelsbriefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schön-schreiben, Deutsch, Englisch u. Französisch

Kaufmännische Privat-Schule

von Alfred Bruck Kaufmann und Handelslehrer. Jenny Bruck wissenschaftl. gepr. Lehrerin.

S. Kissinger, akadem. geb. Lehrer. 1896

Magdeburg, Wilhelmstraße 1. Fernsprecher 1242.

Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

Das Wunder in der Waschföhre

Ein interessanter Vortrag

findet für unsre Hausfrauen Freitag den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr, im Prunksaal des Cafés Hohenholz statt.

Es gelingt ein Waschapparat: "Die

eiserne Waschfrau" zur Vorführung

der es jeder Hausfrau ermöglicht, unabhängig von Waschanstalten, Seife und Seifenkartons, auf schnellstem und schonendem Wege ihre Wasche ohne jede Anstrengung tadellos sauber zu machen, ohne daß dabei die Wäsche im geringsten leidet. Der billige Preis von 18 Mark ermöglicht die Erforschung für den kleinen Haushalt. Keine Hausfrau verfügt über die Kosten dieser Vorführung. 7871

Eintritt frei! Eintritt frei! Eintritt frei!

Schmutzige Wäsche ist mitzubringen!

Omnibus-Fahrten

auch für ganze Vereine, führt bei billigster Preiseinstellung aus.

Fritz Bea, Fuhrgesell, Gr. 248 a, h. r.

Bestellungen werden auch im Baden

Große Marktstraße 5 angenommen.

Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes.

Kleinkunstbühne

im Gesellschaftshaus Hohenzollern

Paul Foerster

der berühmte geistreiche Schnelldichter, ferner

Carl Carstens

und das übrige vorzügliche Juni.-Programm.
Wiener Schrammel-Konzert.

Anfang 8 Uhr abends. 1869

Margaretenhof.

Jeden Sonntag von 4 bis 7 Uhr

Kaffee - Konzert

bei freiem Eintritt. S. Bräuning.

Neu! Audehms Weindiele Neu!

1860 Breitweg 118, Nähe Zentraltheater.

abends 8 Uhr **Rabauett - Vorträge.**
Mäßige Preise. ← → Eis Kiste.

Bittoria - Theater - Restaurant.

Heute Donnerstag

Großes Konzert

ausgeführt vom Maßkörps der Magdeburger Lehrer-
Vereinigung. Dirigent: Kapellmeister Karl Gause.

Anfang 3½ Uhr.

Hofjäger! täglich abends 10 Uhr

Leipziger Södel-Sänger (9 Ritter)

Die Stimmlith des Stands

Das beliebte S. S. S.-Trio
mit den beiden Sößen: Vor dem Bankrott und Die
Folgen der Elternschaft sowie lustige Sätze
in Einzelvorträgen.

Sommerabend bei Berthungen täglich 10 Uhr und
abends 10½ Uhr.

St. Marienkoncert
ausgeführt von der Kapelle des St. Marien - Batiments Nr. 4.
Sitzung Oberstabsarbeiter Herr Schröder. 1867
Bewerben bei Carl Jacobs, Wittenbergen.

Lichtspielhaus Panorama

Heute letzter Tag:

Valdemar Psilander

der unvergleichliche Filmstar
in seiner letzten Darstellung



Das tote Schiff

Ende in 2 Akten.

Bassel Grin

Paul Morgan

Notizen und Flitterzettel

Ende in 2 Akten.

Anfang 3 Uhr.

Tonbild-Theater

Colosseum

Weiße Wand

Das gold. Rad v. Magdeburg
eigene Filmaufnahme.

Das Schicksal der
Renate Yongk
Detektivdrama in 4 Akten.

Wie soll, das Pflanzchen,
verhilft der Schwester zum
Hypnotizierer
Schauspiel in 2 Akten.

Verschlossene

Türen

Detektivdrama in 4 Akten.

Wer heiratet
die Braut?

Filmstück in 2 Akten.

Der Anfang 3 Uhr.

In allen Theatern ganz hervorragend helle und klare Bilder. Bei
aktuellen Veränderungen eigene Filmaufnahmen.

Subboden-Ladforche

olie, jährlidt. Dachl. Geb. 9.00.
Herrn. Kneipe, Wilhelmstr. 11.

Erstes Magdeburger

Bier-Rabauett

Breitweg 57.

Jeden Abend 6 Uhr

Heitere Vorfrüge.

Künstler-Kapelle. 1864

Rabauett Max u. Moritz

Große Justizküche 12

Täglich:

Heitere Künstler-

spiele. 1863

TANZ

Salon, Spezial u. Sänger.

Spieldauer 1½ Stunden.

Montag 9.00, Dienstag 12.00

Spieldauer Ruhes ist am nach-

sten: Jeden Freitag, Samstag,

sonntags 10 Minuten.

Tanz im Palast Uuden

Admiralitätspalast. 1865

Gaa!

für Geselligkeiten.

Kochkeller 1864. j.c.i.

Schiller

Bürgerhof,

Allee 1867.

Verband der Karamangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Magdeburg.

Sonnabend den 14. Juni, von nachm. 5 Uhr an,
in der „Wilhelma“, Lübecker Straße

Sommernachtsfest

5 bis 8 Uhr Gartenkonzert

angeführt von der gesamten Kapelle des Freiwilligen-Regiments Nr. 66.

Kinderbelustigungen.

— Ab 8 Uhr Tanz im Sommersaal —

verbunden mit Verlosung und Vergeltung.

10 Uhr Brillantfeuerwerk.

Eintrittskarten sind bei ständischen Offiziellen und in der Geschäfts-
stelle, Knechtstraße 52, I zu erwerben.

1865 Die Ortsverwaltung.



Zirkus-Lichtspiele

Nur heute

3

erstklassige Darsteller

Theodor Becker

Hedda Vernon

Hanne Brinkmann

in den

3

erstklassigen Filmwerken

Escherfessenblut

Wo ein Bille, ist ein Beg

Hannes Millionengründung

Spielzeit 4-10, Sonntags 8-10.

1866

Stadt Loburg

Jeden Donnerstag von 3½ Uhr an

1847

Großes Militär-Garten-Konzert

vom Trompeterkorps der 1. schweren Garde-
Landesschützen-Batterie Prieskau.

Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Kammer-Lichtspiele

Heute letzter Tag:

Stilmalspiel des so
beliebten Darstellers

Gunnar Tolnaes

Er, der Herrlichste...

triviale Komödie in 2 Akten

Das Mädchen aus

der Opiumhöhle

Stilmalspiel in 4 Akten, mit



Iven Andersen

in der Operette

St. Anfang 3 Uhr.